

VERANTWORTUNG BEI DER GELDANLAGE

Verantwortung aus philosophisch-soziologischer Perspektive

E Verantwortliches Investieren – philosophisch und soziologisch betrachtet

(Felix Ekardt)

1. Begriff und These

Wenn von „verantwortlichem Investieren“ die Rede sein soll, ist zunächst nicht ganz klar, wovon überhaupt die Rede ist, denn der Verantwortungsbegriff ist mehrdeutig. Gemeint sein könnte das ethische und rechtliche Prinzip, dass derjenige, der ein Problem verursacht, auch für die Folgen geradezustehen hat. Ob etwas dagegen ethisch und rechtlich ein Problem ist, wird durch dieses Verursacherprinzip nicht entschieden. Genau darum scheint es jedoch beim verantwortlichen Investieren zu gehen: Gemeint ist offenbar „Verantwortung“ als Synonym für Gerechtigkeit/ Gemeinwohl/ Ethos/ Verpflichtungen insgesamt. In diesem Sinne soll das Thema nachstehend betrachtet werden. Eher in die Irre führt übrigens die Begriffsbildung Max Webers von der „Verantwortungsethik“, worunter sich Weber eine an den praktischen Folgen im Gegensatz zu einer an Prinzipien orientierten Gesinnungsethik vorstellt. Denn eine solche Entgegensetzung ergäbe keinen Sinn, auch wenn mancher sie bis heute pflegt: Weder kann man Folgen ohne normative Kriterien, also Prinzipien, beurteilen, noch lässt sich die Einhaltung von Prinzipien, Regeln o.ä. davon abstrahieren, welche Folgen bei der Verletzung der Regeln usw. eintreten (zu diesen wie auch zu allen folgenden Fragen dieses Beitrags näher Ekardt 2011).

Der vorliegende Artikel möchte die These vertreten. Eine angenommene Verpflichtung zu ethisch korrektem Verhalten Einzelner (gleich ob beim Investieren oder an anderer Stelle) muss gegenüber Verpflichtungen zur Gestaltung von Gesellschaften insgesamt immer ein vergleichsweise wenig ertragreiches Gebiet bleiben. Denn weder ist eine hinreichende Konkretisierung des Gesollten möglich, noch ist eine entsprechende Motivation zur realen Umsetzung des Gesollten empirisch ausreichend wahrscheinlich, und selbst wenn dem nicht so wäre, so würde punktuell Einzelhandeln zentrale Wirkungszusammenhänge heutiger (gerade ökologisch-sozialer) Problemlagen notorisch verfehlen. Dass all dies nicht immer in den Blick gerät, hängt auch damit zusammen, dass auf Wissensebene das Ausmaß und die Struktur einiger heutiger gesellschaftlicher Probleme wie z.B. des Klimawandels oft unterschätzt wird. Das Gesagte (was nachstehend nacheinander weiter auszuführen ist) ändert freilich nichts daran, dass – beim Investieren und auch sonst – jeder Einzelne ethisch eine Pflicht zur Mitwirkung an den bzw. Pflicht zur Hinwirkung auf die gesollten gesellschaftlichen Zustände hat und dass individuell vorbildliches Handeln, politisches Engagement usw. solche Zustände deutlich begünstigen können. Dies ist dann, auch ohne dass das Gesollte sonderlich klar umschrieben werden kann, der sinnvolle Kern verantwortlichen Investierens.

Häufig geht es bei den gesollten Zuständen nachstehend um Nachhaltigkeit, also um das Ziel dauerhaft und global durchhaltbarer Lebens- und Wirtschaftsweisen. Dies ist dann hier als anspruchsvolles Nachhaltigkeitsverständnis zu verstehen, nicht zu verwechseln mit der oft beliebigen Wortverwendung, die von „Säulen“ o.ä. spricht und Nachhaltigkeit darauf

reduziert, verschiedene Dinge im Leben miteinander abzuwägen – wobei dann häufig die Frage, ob wir so leben und wirtschaften, dass dies auch dann noch aufgeht, wenn alle Menschen weltweit und auf Dauer dies tun, weitestgehend aus dem Blickfeld gerät (dazu Ekardt 2011).

2. Problem Wissen

Vorschläge zum Thema verantwortliches Investieren sprechen häufig begrüßenswerte Punkte an. Allerdings bestehen genau daran an vielen Stellen auch Zweifel. Man könnte auf die Idee kommen, z.B. einfach sämtliche (oder sehr viele) deutsche Großkonzerne für „nachhaltig“ zu halten, einfach weil sie heute in der Regel Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen und an einzelnen Stellen ihrer Produktionskette um ökologische (oder soziale) Verbesserungen bemüht sind. Bei dieser Betrachtungsweise gerät jedoch häufig das Ausmaß der Herausforderung in den Hintergrund. Dieses könnte dazu führen, wie nachstehend kurz am Beispiel des Klimawandels zu zeigen ist, dass verkannt wird, (a) dass diverse denkbare Investments keineswegs z.B. klimafreundlich sind und dass (b) vielleicht die mit dem Investieren mehr oder minder verbundene Wachstumsökonomie als solche problematisch sein könnte. (Nur am Rande notiert sei hier der nahe liegende und bekannte Punkt (c), dass ein verantwortliches Investment in puncto Wissen zudem ein Überblicken komplexer Produktionsketten erfordern kann, welches sich im Einzelfall häufig nicht realisieren lassen wird).

Es genügt – beispielsweise – beim Klimaschutz nicht, ein wenig Treibhausgase einzusparen, ein paar Produktionsprozesse zu optimieren und gleichzeitig möglichst (weiter) immer reicher zu werden. In den Bereichen Klima, Energie und Ressourcen zusammengenommen erweist sich vielmehr ein fundamentaler Wandel im Umgang mit fossilen Brennstoffen (im Wesentlichen ein Totalausstieg bis 2050 in den Bereichen Strom/ Wärme/ Treibstoffe/ stoffliche Nutzung) sowie mit der Landnutzung als nötig, wenn insbesondere verheerende Klimawandelsschäden vermieden werden sollen wie Millionen Tote, Kriege und Bürgerkriege um schwindende Ressourcen, Migrationsströme, massive Naturkatastrophen, explodierende Öl- und Gaspreise, massive ökonomische Schäden u.a.m. (Stern 2009). Global empfohlen Naturwissenschaftler entgegen einer verbreiteten Wahrnehmung, will man die geschilderten Szenarien noch abwenden, eher minus 80 als minus 50 % Treibhausgasemissionen (IPCC 2007). Deutschland und die EU sind von den absoluten Pro-Kopf-Emissionen und von der relativen Entwicklung der Emissionen her (die bisher vollständig durch günstige Zufälle wie die Produktionsverlagerung in Schwellenländer, die Finanzkrise und den DDR-Industriezusammenbruch 1990 bedingt sind) keinesfalls „Vorreiter“; die Emissionen sind seit 1990 eher stabil geblieben – auf hohem Niveau – als wie behauptet reduziert worden (Edenhofer u.a. 2011; Ekardt 2011; nicht zutreffend daher Oberthür 2008 und Lindenthal 2009). Nachhaltigkeit darf freilich nicht auf Klima- und Energiefragen reduziert werden; weitere Ressourcen wie Wasser und Phosphor sind existenziell wichtig und werden ebenfalls massiv übernutzt.

Allerdings könnte man sagen, dass gerade daraus ein Raum verantwortlichen Investierens entstehen kann, denn Treibhausgasemissionen lassen sich schließlich durch technische Neuerungen – in die man investieren kann und die Wachstum und Arbeitsplätze verheißen – bekämpfen. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, treibhausgasfreie Kohlekraftwerke oder Atomkraftwerke könnten hierfür Beispiele sein. Doch manche denkbare technische Optionen,

die diese Konsequenzen vermeiden wollen, wie Kohlenstoffabscheidung, Atomenergie, Geo-Engineering u.a.m. empfehlen sich vielleicht von vornherein eher nicht (die Atomenergie etwa wegen des Attentatsrisikos oder wegen des zwangsläufig geringen Anteils am gesamten Weltenergieverbrauch, wenn man neben Strom auch Wärme, Treibstoff und stoffliche Energienutzungen wie Kunstdünger betrachtet). Andere Optionen wie das emissionsfreie Kohlekraftwerk dürften schlicht ein nicht realisierbarer Traum bleiben. Zudem könnte die Größe der Herausforderung beim Klimawandel auf Dauer (anders als mittelfristig angesichts der Innovationspotenziale von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien und aufgrund der nötigen Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern) einen Weg fort vom Wachstum und eben gerade keine *bloße* „technische Optimierung“ erzwingen. Dahin weisen auch drohende Rebound-Effekte, also das Problem, dass technische Verbesserungen oft wegen parallel steigenden Wohlstands doch keine Emissionsreduktionen erzielen. Dies gilt umso mehr, als zentrale Faktoren z.B. von Landnutzung und Treibhausgasemissionen wie der Fleischkonsum nur sehr begrenzt technisch optimierbar sind. Ähnliches gilt für den Konflikt zwischen „Tank und Teller“ bei der Nutzung von Biomasse, der primär dann entschärft werden könnte, wenn der Energie- und Fleischkonsum schlicht gedrosselt würde. Viele Ressourcen sind auch schlicht endlich: Solarautos und Solarpanels haben ebenfalls eine Ressourcenbasis, die schon in absehbarer Zeit knapp zu werden droht; und Energie z.B. nützt allein wenig, sondern nur in Verbindung mit Produkten, die ihrerseits aus endlichen Ressourcen bestehen.

Wesentlich ist damit voraussichtlich (auch wenn Zukunft und künftige technische Innovationen natürlich nie definitiv vorhergesehen werden können), nicht (wie IPCC 2007 und Stern 2009) *allein* auf Lösungen durch neue Technologien zu schauen, sondern (gerade in den Industrieländern) die Möglichkeit der Suffizienz hinsichtlich bestimmter Lebensgewohnheiten ebenfalls in Betracht zu ziehen. Darin lässt sich jedoch nur im Ausnahmefall investieren. Dennoch ergeben sich im Bereich Technik natürlich Anwendungsfelder für ein ethisches Investment.

Doch setzt die geschilderte Notwendigkeit auch von – meist kaum als Verkaufsgut tauglichen – Verhaltensänderungen die Nachhaltigkeit in ein Spannungsverhältnis zur heute alles dominierenden Wachstumsidee (dazu Paech 2005; Ekardt 2011; Rogall 2009). Insofern wird die Grundidee hinter Investitionen selbst zum Problem respektive auf u.U. immer engere (eben grüntechnologische) Bereiche begrenzt. „Qualitatives Wachstum“ rein ideeller Art löst diese Probleme möglicherweise ebenfalls nicht. Nach aller Erfahrung ist ein solches ideelles Wachstum partiell selbst materiell geprägt, und die Vorstellung gleich bleibend (und damit letztlich exponentiell!) immer weiter wachsender respektive besser werdender sozialer Pflegeleistungen, Musikkenntnisse, Naturgenuss, Gesundheit, Kunstgenuss usw. erscheint auch nur schwer sinnvoll denkbar. Dass eine Abkehr vom Wachstumsideal Folgeprobleme auslöst, ist dabei unbestritten (auch wenn Wachstum letztlich historisch ein Sonderfall der letzten 200 Jahre ist, gebunden an das Auftreten der fossilen Brennstoffe).

3. Problem Konkretisierung

Ein weiteres Problem verantwortlichen Investierens ist, dass sich keineswegs genau sagen lässt, was überhaupt ethisch geschuldet ist. Es fehlt also normativ an der Konkretisierung dessen, welche Belange und in welchem Verhältnis zueinander beim verantwortlichen Investieren verfolgt werden müssten. Genau dieses Problem versucht zwar z.B. der Ansatz

der ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse bzw. ökonomische Bewertung durch ein vermeintlich exaktes „Ausrechnen“ richtiger Entscheidungen zu lösen (näher zum Folgenden Ekardt 2011). Die damit verfolgte, als Effizienz bezeichnete Vorstellung „Gerecht ist die Gesellschaft, die sich ergibt, wenn die faktischen Präferenzen der Menschen hinsichtlich der Vor- und Nachteile verschiedener Handlungs- und Unterlassungsoptionen in eine gemeinsame Währung (Geld) überführt und sodann saldiert werden“, ist entgegen der ökonomischen Selbstwahrnehmung ein ethischer Ansatz, und er verspricht, auf jede Entscheidungsfrage genau eine Antwort zu geben. Doch ist der Ansatz unhaltbar: Schon in der Grundkonstruktion scheitert er an logischen Selbstwidersprüchen, u.a. an dem, auf der angeblichen Unmöglichkeit normativer Theorien aufzubauen und dann selbst eine solche darzustellen. Und auch in der praktischen Durchführung überzeugt der Ansatz im Kern nicht, weil sehr viele Belange – etwa Leben und Gesundheit – nicht sinnvoll (wie von der ökonomischen Bewertung im Kern intendiert) in eine quantitative, mit allen anderen vergleichbare Größe (also Geld) übersetzt werden können.

Auch die Idee von numerischen „Nachhaltigkeitsindikatoren“, an denen sich ein verantwortliches Investieren ganz konkret orientieren könnte, wird übrigens damit fraglich. Staaten und Unternehmen streben immer wieder nach solchen Indikatoren (näher Grunwald/Kopfmüller 2012 und teilweise Vogt 2009) und einer Messbarkeit von Nachhaltigkeit, um Nachhaltigkeit in vereinfachter Form durch einige aus der Vielzahl relevanter Faktoren ausgewählte, gut quantifizierbare Gesichtspunkte (sogenannte Nachhaltigkeitsindikatoren) sichtbar zu machen – etwa CO₂-Emissionen, Flächenverbrauch, Energieverbrauch pro Kopf, Anteil erneuerbarer Energien am Stromaufkommen oder die Gewässergüte bestimmter großer Flüsse. Eine echte Messbarkeit wird ggf. noch dahingehend erstrebt, dass all diese Dinge untereinander verrechnet werden sollen (kritisch Ekardt 2011, z.T. auch Rogall 2009). So sollen gewisse Entwicklungstendenzen und (reale oder vermeintliche) Erfolge visualisiert und für ein breiteres Publikum verständlich gemacht werden. Hinterfragungswürdig ist daran bereits, dass häufig vielleicht problematische, entweder nicht zur Nachhaltigkeit gehörende oder, da der verbreiteten Wachstumsorientierung (s.u.) verhaftet bleibend, sogar kontraproduktive Indikatoren gewählt werden. Denn die dauerhafte und globale Lebbarkeit von Wirtschafts- und Lebensformen wird eben gerade nicht abgebildet, wenn sich ein Unternehmen z.B. vornimmt, in Zukunft 5-Liter- statt 8-Liter-Autos zu produzieren. Problematisch ist an Indikatoren- und Messansätzen ferner, dass scheinpräzise einzelne Faktoren eine Exaktheit suggerieren können, die so gar nicht gegeben ist, ungeachtet aller politischen und medialen Attraktivität. Insbesondere jedoch erweisen sich Indikatorensysteme als untauglich, sofern sie normativ die (ethisch oder rechtlich) „richtige“ Nachhaltigkeit Sein-Sollen-fehlschlüssig naturwissenschaftlich ableiten. Soweit dagegen mit Nachhaltigkeitsindikatoren das Ergebnis einer ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse ausgedrückt werden soll, wiederholen sich die bereits dargestellten Bedenken.

Dass dennoch grundsätzlich eine normative Theorie respektive Gerechtigkeitstheorie möglich ist, die folglich auch verantwortliches Investieren im Grundsatz anleiten könnte, wurde eingangs des Abschnitts bereits konstatiert: Würde man dies bestreiten, würde man sich sowohl argumentativ als auch lebenspraktisch in unlösbare Widersprüche verstricken; ebenso würde man sich in Widersprüche verstricken, wenn man die Menschenwürde als gebotenen Respekt vor der Autonomie sowie die Unparteilichkeit als logisch im Streit über die gerechte Gesellschaft zwangsläufig mitgedachte (alleinige) Grundprinzipien leugnen würde (näher dazu und zum Folgenden wieder Ekardt 2011). Ethisch und rechtlich ergibt

sich daraus dann, was hier nicht näher darzulegen ist, für alle Menschen ein umfassendes Recht auf Freiheit sowie als dessen logische Vorbedingung ein Recht auf die elementaren Freiheitsvoraussetzungen wie Leben, Gesundheit, Existenzminimum in Gestalt von Nahrung, Wasser, Sicherheit, Klimastabilität, elementare Bildung, Abwesenheit von Krieg und Bürgerkrieg u.ä. (in den Konsequenzen teils ähnlich wie vorliegend teilweise auch OHCHR 2009). Der Schutz weiterer freiheitsförderlicher Bedingungen – z.B. Schutz der Biodiversität – hat demgegenüber ethisch und rechtlich keinen Menschenrechtsstatus, verdient aber wegen ihres Freiheitsbezugs gleichwohl Anerkennung, anders dagegen als bloße Fragen des guten Lebens. Die Freiheit einschließlich ihrer elementaren Voraussetzungen verdient rechtlich und ethisch aus einer Reihe von Gründen auch intertemporal und global-grenzüberschreitend Schutz und führt damit zu einer ethisch-rechtlich legitimierten Nachhaltigkeitskonzeption, also einem Gebot dauerhaft und global durchhaltbarer Lebensverhältnisse (zum Ganzen Ekardt 2011 und Unnerstall 1999 teils contra Jonas 1979).

Selbst wenn man dem so folgt, bleibt jedoch die nötige Abwägung zwischen den vielen kollidierenden Freiheiten und Freiheitsvoraussetzungen – etwa zwischen den Freiheiten heutiger Unternehmen und Konsumenten sowie den Freiheitsvoraussetzungen unserer Enkel sowie der Afrikaner und Bangladeshi als potenziell hervorgehobenen Klimawandelopfern – ein komplexes und spielraumreiches Problem. Genau diese komplexe Abwägung ist jedoch nur von freiheitsfreundlichen Institutionen (konkret von der gewaltenteiligen Demokratie) zu leisten und nicht vorrangig vom Einzelnen, der verantwortlich investieren möchte. Denn was genau gesamt- und weltgesellschaftlich z.B. an Klimaschutz geschuldet ist, kann nicht so auf den Einzelnen herunter dekliniert werden, dass sich exakt sagen ließe, welche Arten von Investments denn nun noch möglich sind und welche nicht. Da man, egal was man tut, nahezu immer die Freiheit von irgendjemandem irgendwie berührt, kann es übrigens auch keinen Satz „Schade niemandem“ als einfache Faustformel geben. Es geht vielmehr darum, das beste Ergebnis für die Freiheit aller zu ermitteln. Daran kann der Einzelne mitwirken, die Abwägung allein vornehmen kann er aber nicht vorrangig.

4. Problem Motivation

Soziologisch tritt zu diesen Wissens- und normativen Konkretisierungsproblemen das Motivationsproblem hinzu: Appelle an verantwortliches Investieren (erst recht, aber nicht nur weil sie inhaltlich nur schwer exakt zu konkretisieren sind, s.o.) werden aller Wahrscheinlichkeit keine hinreichende Gefolgschaft finden, um damit substantiell heutige Probleme wie den Klimawandel zu bewältigen. Man muss sich dazu, die verschiedensten Disziplinen kombinierend, kurz vergegenwärtigen, warum komplexe Probleme wie – exemplarisch – der Klimawandel häufig nicht zufrieden stellend angegangen werden (näher Ekardt 2011).

Bei Politikern, Unternehmern und Bürgern/ Konsumenten – oft teufelskreisartig aneinander gekoppelt – erscheint dabei fehlendes Wissen oft sogar noch als das geringere Problem. Wichtig sind vielmehr bei Politikern, Unternehmern und Wählern/ Konsumenten gleichermaßen die Faktoren Konformität, Gefühl (Bequemlichkeit, fehlende raumzeitliche Fernorientierung, Verdrängung, fehlendes Denken in komplexen Kausalitäten usw.), Eigennutzen, tradierte Werte, Pfadabhängigkeiten, Kollektivgutstruktur zentraler Nachhaltigkeitsprobleme wie des Klimawandels u.a.m. All jene Faktoren repräsentieren sich

„in den Individuen“ und zugleich als gesamtgesellschaftliche (letztlich in variierenden Gewichtsverteilungen weltweite) „Struktur“. Das eben Gesagte dürfte neben deren „Wachstumstauglichkeit“ auch ursächlich dafür sein, warum insgesamt technische Optionen ungeachtet ihrer Begrenztheit die Nachhaltigkeitsdebatte dominieren, erscheinen sie doch offenkundig als leichter durchsetzbar.

Sicherlich können sich Eigennutzererwägungen, Werthaltungen und Normalitätsvorstellungen im Laufe der Zeit verschieben. Dies dauert jedoch meist recht lange, und Faktoren wie bestimmte Emotionen dürften kaum zu überwinden sein. Zudem benötigt ein Erlernen (nicht primär von neuem Wissen, sondern) von neuen Normalitätsvorstellungen, Werten und Eigennutzvorstellungen in Gesellschaften ein Ping-Pong mit konkreten detaillierten politisch-rechtlichen Vorgaben an die Adresse der Bürger. Setzt man dagegen mit dem verantwortlichen Investieren allein auf die Bürger (und ggf. mit CSR noch auf die Unternehmen), so wird dies gerade nicht ausreichen, da eine entsprechende hinreichende Motivation nicht hinreichend wahrscheinlich ist und insbesondere das Kollektivgutproblem strukturell nie durch rein (!) individuelles Handeln überwunden werden kann.

5. Problem (ökologische) Ineffektivität

Selbst wenn man sich das Motivationsproblem wegdenkt, ergibt sich soziologisch das weitere Problem, dass kleinteilige Ansätze wie ein verantwortliches Investieren Einzelner aus strukturellen Gründen oft nicht die gewünschten Effekte auslösen werden. Sogar die bisherigen oft nationalstaatlichen Politikansätze etwa beim Klimawandel scheitern wegen ihrer zu ausgeprägten Kleinteiligkeit bisher oft. Die ordnungs-, informations-, subventions- und vergaberechtliche Nachhaltigkeits-Governance bietet ein vielfältiges Bild; insbesondere versucht sie technische Optionen wie erneuerbare Energien und Energieeffizienz (wenngleich oft sehr zurückhaltend) zu fördern. Insgesamt erliegt die bisherige Nachhaltigkeitssteuerung mehreren Friktionen, die sich z.T. aus den Grenzen des Wachstums und dem Übergehen des Suffizienzgedankens ergeben und die strukturell durch Ordnungsrecht, Informationsrecht, Selbstregulierung und überhaupt durch ein Ansetzen am einzelnen Betrieb oder am einzelnen Produkt nicht zu lösen sind. Stichworte dafür sind u.a.: Rebound-Effekte (= eine Detailverbesserung wird durch Wohlstandszuwächse aufgezehrt); ressourcenbezogene/ sektorielle/ räumliche Verlagerungseffekte (= man spart das Erdöl an einer Stelle ein und macht es damit für eine Verwendung in anderen Bereichen und an anderen Orten frei); mangelnde inhaltliche Strenge und Vollzugsschwäche.

Die strukturell beste Antwort auf jene Probleme liegt beispielsweise für Treibhausgase und allgemein für einen übermäßigen Ressourcenverbrauch in einem Mengensteuerungs-Modell (in einem weiten Begriffsverständnis) über Zertifikatmärkte oder über abgabenbasierte Preise; nur dies kann die eben genannten Probleme angehen, die in der oben diagnostizierten Motivationslage der Bürger, Unternehmer und Politiker adäquat berücksichtigen und Effizienz, erneuerbare Ressourcen und Suffizienz parallel durch ein Preissignal bzw. echte absolute Grenzziehungen stärken. Eine globale (Mengensteuerungs-)Lösung für Nachhaltigkeitsprobleme wäre dabei ratsam wegen der Globalität von Nachhaltigkeitsproblemen, wegen drohender Verlagerungseffekte und wegen des drohenden Wettlaufs um die niedrigsten Standards. Ebenso wäre ein paralleles Angehen von Energie und Landnutzung sinnvoll, um zwischen diesen Bereichen Verlagerungseffekte zu

vermeiden.

Mengensteuerung bei Ressourcen und/ oder beim Klima ist in mehrfacher Hinsicht auch unter sozialen Verteilungsgesichtspunkten interessant (Ekardt 2011; Ekardt/ Heitmann/ Hennig 2010), wenn man ihre Erlöse global und teilweise auch national für soziale Ausgleichsmaßnahmen einsetzt. Angegangen werden könnten damit sowohl die langfristigen fatalen sozialen Wirkungen eines Klimawandels und Ressourcenschwundes als auch die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Eine Nachhaltigkeits-Mengensteuerung kann ggf. wohl ohne Wettbewerbsnachteile auch ohne globale Festlegungen allein in der EU begonnen werden, wenn sie durch – welthandelsrechtlich tendenziell zulässige – monetäre Grenzausgleichsmechanismen für Importe und Exporte („Ökozölle“) ergänzt wird. Eine zentrale, hier nicht zu vertiefende Fragestellung ist, welcher Ergänzungen – für andere Ressourcen und/ oder durch andere Instrumente – selbst ein solches Mengensteuerungsmodell bedürfte und welche Flankierungen Technologieförderung oder Informationspolitik nötig wären.

6. Fazit

Solche gesamthaften Ansätze sind durch individuelles (Investitions-)Verhalten nicht zu erübrigen. Dass sie obsolet sind, ist damit aber eben auch nicht gesagt. Sie können im beschriebenen Ping-Pong politisch-rechtliche Maßnahmen mit ermutigen. Dass schon dies nicht ganz einfach ist, erhellt unschwer daraus, dass (wie im vorliegenden Beitrag jeweils dargestellt) die beschriebene Motivationslage ein boomartig um sich greifendes konsequentes verantwortliches Investieren nicht eben wahrscheinlich macht; dass Probleme wie der Klimawandel eher noch unterschätzt werden und zudem aus der Investitionslogik teilweise gerade herausführen; und dass es deutliche Konkretisierungsprobleme damit gibt, was genau beim verantwortlichen Investieren überhaupt an Zielen und Zielabwägungen anvisiert werden sollte. Gleichzeitig können die Stichworte des vorliegenden Beitrags aber auch als zumindest grobe Richtschnur genutzt werden, um dennoch beim Investieren Schritte in die richtige Richtung zu tun. So sollte die Idee immerwährenden Wachstums aufgegeben werden; es sollte mit einem größeren Problemausmaß als bisher zuweilen gerechnet werden; es sollte eine Sensibilität für komplexe Abwägungen vorhanden sein; es sollte die eigene Motivationslage kritisch reflektiert werden; und es sollten Rebound- und Verlagerungseffekte kritisch im Blick behalten werden. Perfektion wird insoweit nicht erreicht werden. Aber, frei nach Bertolt Brecht, wer nicht alles kann, dem sollte man das Wenigere nicht erlassen.

Literaturverzeichnis

Alexy, Robert (1995): *Recht, Vernunft, Diskurs*, Frankfurt a.M.

Alexy, Robert (1991): *Theorie der juristischen Argumentation*, 2. Aufl., Frankfurt a.M.

Appel, Ivo (2005): *Staatliche Zukunfts- und Entwicklungsvorsorge*, Tübingen.

Bizer, Kilian (2000): Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit, *Zeitschrift für angewandte Umweltforschung*, S. 472 ff.

Edenhofer, Ottmar u.a. (2011): Growth in emission transfers via international trade from 1990 to 2008. *Proceedings of the National Academy of Sciences* [doi: 10.1073/pnas.1006388108]

- Ekardt, Felix (2011): Theorie der Nachhaltigkeit: Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, Baden-Baden.
- Ekardt, Felix/ Heitmann, Christian/ Hennig, Bettina (2010): Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik, Düsseldorf.
- Glaser, Andreas: Nachhaltigkeit und Sozialstaat, in: Kahl, Wolfgang (Hg.): Nachhaltigkeit als Verbundbegriff, Tübingen 2008, S. 620 ff.
- Grunwald, Armin/ Kopfmüller, Jürgen (2012): Nachhaltigkeit. Eine Einführung, 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M.
- Heins, Bernd (1998): Soziale Nachhaltigkeit, Berlin.
- IPCC (2007): Climate Change 2007. Mitigation of Climate Change, www.ipcc.int.
- Jonas, Hans (1979): Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt a.M.
- Lindenthal, Alexandra (2009): Leadership im Klimaschutz. Die Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik, Frankfurt a.M.
- Oberthür, Sebastian (2008): Die Vorreiterrolle der EU in der internationalen Klimapolitik – Erfolge und Herausforderungen, in: Varwick, Johannes (Hg.): Globale Umweltpolitik, Schwalbach, S. 49 ff.
- OHCHR (2009): Human Rights and Climate Change, UN Doc. A/HRC/10/61 vom 15.01.2009.
- Ott, Konrad/ Döring, Ralf: Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg 2004 (soweit explizit angegeben: 2. Aufl. 2008).
- Paech, Niko (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg.
- Rawls, John (1971): A Theory of Justice, Cambridge/ Mass.
- Ritt, Thomas (2002): Soziale Nachhaltigkeit, Wien.
- Rogall, Holger (2009): Nachhaltige Ökonomie. Ökonomische Theorie und Praxis einer nachhaltigen Entwicklung, Marburg.
- Schneidewind, Uwe (2009): Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für einen Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem, Marburg.
- Siemer, Stefan (2006): Nachhaltigkeit unterscheiden. Eine systemtheoretische Gegenposition zur liberalen Fundierung der Nachhaltigkeit, in: Ekardt, Felix (Hg.): Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit. Philosophische, juristische, ökonomische, politologische und theologische Neuansätze in der Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Münster, S. 129 ff.
- Stern, Nicholas (2009): A Blueprint for a Safer Planet. How to manage Climate Change and create a new Era of Progress and Prosperity, London.
- Vogt, Markus (2009): Prinzip Nachhaltigkeit. Ein Entwurf aus theologisch-ethischer Perspektive, München.
- Unnerstall, Herwig (1999): Rechte zukünftiger Generationen, Würzburg.

Weber, Max (1984): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 6. Aufl., Tübingen.

Zum Autor: Prof. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A. leitet die Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik (Leipzig) und ist Professor am Ostseeinstitut für Seerecht, Umweltrecht und Infrastrukturrecht der Juristischen Fakultät der Universität Rostock.